

Auch Urner Regierung will Restaurants vollständig öffnen

Auch die Urner Regierung kritisiert die vom Bundesrat vorgeschlagenen Lockerungen der Corona-Massnahmen für den 22. März als zu zögerlich. Unter anderem fordert sie, die Homeoffice-Pflicht aufzuheben und Restaurants vollständig öffnen zu lassen.



In Andermatt (UR) sollen gemäss der Urner Regierung die Restaurants wieder vollständig öffnen dürfen.

Bild: Switzerland Tourism / Jan Geerk

Die vorgeschlagenen Änderungen gingen dem Regierungsrat zu wenig weit, teilte die Urner Staatskanzlei am Dienstag mit. Dies habe er in der Vernehmlassung dem Bundesrat zurückgemeldet. So sollen etwa Restaurants nicht nur die Terrassen sondern komplett öffnen dürfen. Im Zuge der Vernehmlassung zu den Öffnungsschritten hatten am Montag bereits Schwyz und andere Kantone eine raschere Öffnung der Restaurants gefordert.

Der Urner Regierungsrat will zudem die Obergrenze für privaten Treffen im Innern auf 15 erhöhen, statt auf 10, wie es der Bundesrat vorschlägt. Halte dieser an seiner Variante fest, sollten Kinder und geimpfte Personen nicht mitzuzählen werden.

Im Hinblick auf Ostern, Weisser Sonntag und Pfingsten seien zudem spezifische Erleichterungen angezeigt. Gesundheitsdirektor Christian Arnold (SVP) sagte auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA, für Gottesdienste etwa sei die 50-Personen-Grenze aufzuheben und auf die jeweilige Fläche anzupassen.

Auch im privaten Bereich soll für diese hohen Feiertage eine befristete Lockerung möglich sein, sodass sich zu Familienfeiern im Inneren mehr Personen treffen könnten. Eine konkrete Zahl nannte er nicht. Weiter soll die Homeoffice-Pflicht zu Gunsten einer Empfehlung aufgehoben werden. Die Maskentragpflicht in Mehrpersonenbüros soll entfallen, wenn die Mindestabstände eingehalten werden.

Teststrategie sorgt für «verzerrtes Bild»

Als unrealistisch und nicht umsetzbar stuft die Urner Regierung schliesslich die Beschränkung des Präsenzunterrichts an Hochschulen auf maximal 15 Personen ein. Die neue Teststrategie verzerre das Bild, da diese zu mehr positiven Coronafällen führen dürfte. Entsprechend seien die Richtwert, die massgebend für weitere Lockerungen sind, zu korrigieren.

Bislang habe der Kanton Uri im Rahmen des Corona-Härtefallprogramms 4,6 Millionen Franken an fast 100 Betriebe vergeben. Mit 3,4 Millionen Franken entfiel der Grossteil auf 71 Gastrounternehmen, die im Schnellverfahren zum Geld kamen, von dem der Bund zwei Drittel übernimmt. (sda og)

Publiziert am Dienstag, 16. März 2021